

Änderungsantrag

der Abgeordneten Häfner, Kleinert (Marburg) und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1989

hier: Einzelplan 07

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

— Drucksachen 11/2700 Anlage, 11/3207, 11/3231 —

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 07 01 Titelgruppe 03 wird folgender neuer Titel ausgebracht:

„Titel... — Rechtstatsachenforschung zur Ämterpatronage der
Parteien — 50 000 DM“

Bonn, den 17. November 1988

Häfner

Kleinert (Marburg)

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Die Ämterpatronage der politischen Parteien hat in verschiedenen Spielarten ein Ausmaß erreicht, das nicht länger hingenommen werden kann. Ob in den öffentlich-rechtlichen Medien oder auf allen Stufen der Verwaltung, das Parteibuch hat bei Einstellungen und Beförderungen eine Bedeutung erlangt, die vom Grundgesetz und den einschlägigen Beamtenengesetzen nicht mehr gedeckt ist.

Da das Problem unaufhörlich an Bedeutung gewinnt, erscheint eine rechtstatsächliche Erforschung sowohl für das Parlament wie auch für die breite Öffentlichkeit dringend geboten. Die Arbeiten von Steinkämper und von Arnim aus den 70er Jahren sind nicht mehr hinreichend aktuell. Die Studie soll das tatsächliche Ausmaß der Ämterpatronage, darunter insbesondere die Auswirkungen der Parteizugehörigkeit auf Stellenbesetzung und Aufstiegstempo erfassen. Die Studie kann als Grundlage für mögliche gesetzgeberische Maßnahmen dienen.

